

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2008)

Heft: 3: Energieforschung Schweiz

Artikel: Agotreibstoffe, die schädliche Scheinlösung

Autor: Suhner, Stephan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586533>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Agrotreibstoffe, die schädliche Scheinlösung

Obschon Agrotreibstoffe Energie liefern, überwiegen die Nachteile dieser Energiequelle. Menschenrechtsverletzungen, gewaltsame Landenteignung und Armut in grossen Bevölkerungsschichten sind nur ein Teil davon.

Von STEPHAN SUHNER
Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien,
fachstelle.bern@askonline.ch

Agrotreibstoffe werden in letzter Zeit kontrovers diskutiert. Für die Befürworter sind sie die Lösung für die Klima- und Energiekrise, andere sehen darin die Möglichkeit der Armutsreduktion und langfristig sichere Einkommen für die Bauern. Die Kritiker bringen ins Feld, dass viele Agrotreibstoffe viel mehr Treibhausgase produzieren, als bei deren Verbrennung eingespart wird, und auch massive Umweltauswirkungen zur Folge haben, wie etwa die Boden- und Wasserbelastung. Zudem wird argumentiert, dass gar nicht genügend Flächen bereitstehen, um ausreichende Mengen Agrotreibstoffe zu produzieren, weshalb schon heute eine Konkurrenz zwischen Nahrung und Energie vom Acker besteht, was letztlich auch zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen führte.

Die Folgen der Agrotreibstoffproduktion

Kleinbauern werden durch den erhöhten Landbedarf des Agrobusiness von ihrem Land vertrieben; der Lebensraum von ländlichen und indigenen Gemeinschaften beschnitten und der Anbau immer mehr in wertvolle Ökosysteme hinein vorangetrieben. Dies führt zu breiter Verarmung, vermehrten Konflikten,

gewaltsamer Unterdrückung und miserablen Arbeitsbedingungen auf den Plantagen. Am Beispiel Kolumbien können viele dieser Probleme exemplarisch dargelegt werden. Kolumbien will hinter Brasilien zum zweitgrössten Agrotreibstoffproduzenten Lateinamerikas aufrücken. Einerseits hat Kolumbien Exportmärkte in den USA und Europa im Auge, andererseits will es interne Versorgungsgänge, beispielsweise von Diesel, überwinden. Während zur Behebung des aktuellen fossilen Dieselfeids «lediglich» rund 1–200'000 zusätzliche Hektaren Ölpalmen (aktueller Stand etwa 400'000 Hektaren) notwendig wären, plant die Regierung aber den Anbau von sechs Millionen Hektaren Ölpalmen, nebst Zuckerrohr, Yucca und anderen Energiepflanzen. Kleinbauernverbände, Gewerkschaften und die Opposition halten diese Politik jedoch für verfehlt und setzen sich für eine tiefgründige Agrarreform sowie die Stärkung der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduktion ein. Die Rechnung der billig importierten Nahrungsmittel geht für die Regierung tatsächlich immer weniger auf: Viele Grundnahrungsmittel erfuhren Preissteigerungen um mehr als das Doppelte. Dies hat den Landwirtschaftsminister aber noch nicht zum Umdenken bewegt: Statt die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion zu stärken, subventioniert er weiter die Palmöl- und Zuckerproduzenten.

Fotos: Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK)

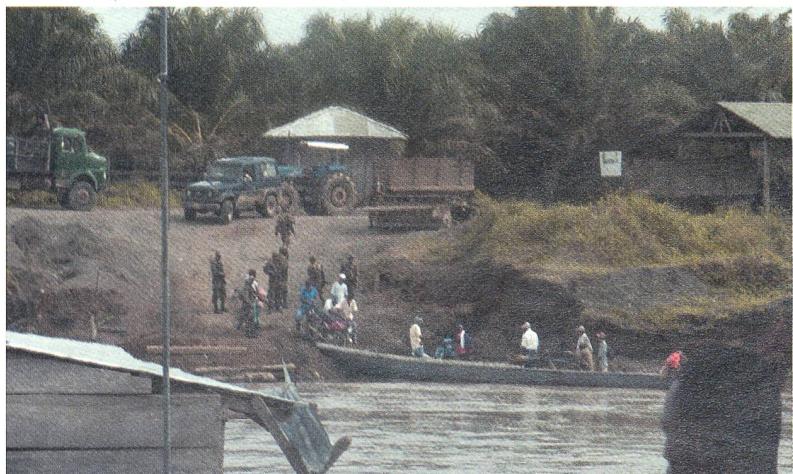


Bild links: Die militärische Kontrolle und Absicherung der Plantagen ist gross, das Team der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK) wollte den Fluss zusammen mit Rückkehrern des Curvaradó überqueren, was ihnen aber nicht erlaubt wurde. **Bild rechts:** Als die Rückkehrer endlich auf ihrem Land ankamen, war es mit Palmen bepflanzt, weshalb sie diese fällten, um wieder Nahrung anzubauen. April 2006 erste Rückkehr der Vertriebenen in den Curvaradó, die ASK hat diese Rückkehr als internationale Beobachter begleitet.

Kleinbauern als grosse Verlierer

International ist Kolumbien noch kaum konkurrenzfähig, weshalb es die Produktionskosten senken will. Durch eine systematische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (Ausgliederung, Lohnsenkung, Temporärverträge) sollten die Kosten gesenkt werden. Viele Unternehmen entliessen ihre Arbeiter und forderten sie auf, sich in Arbeiterkooperativen zu organisieren. Da die Kooperative für sämtliche Kosten (Sozialabgaben, Verwaltung, Arbeitskleidung etc.) aufkommen muss, bleibt den einzelnen Mitgliedern nicht einmal ein existenzsichernder Lohn. Kleinbauern und Landlose werden in verschiedene Arten von Allianzen mit Kapitalgebern, Plantagenbesitzern und Ölmühlen gezwungen, sei es indem sie ihr Land oder ihre Arbeitskraft einbringen müssen, oder indem sie Land erhalten unter der Bedingung, darauf Palmen anzubauen. Da die Abnahmepreise in diesen ungleichen Allianzen vom Unternehmer diktiert werden, geraten die Kleinbauern und Landlosen in langfristige Abhängigkeiten. Durch die gewaltsame Landwegnahme und die Zerstörung von Feuchtgebieten und Wäldern gehen der lokalen Bevölkerung wertvolle Ressourcen wie Weiden, Fisch- und Jagdmöglichkeiten verloren. Agotreibstoffe tragen letztlich nichts zu einer ausgewogenen und sozialen Entwicklung der Regionen bei. Gebiete, wo Agotreibstoffe produziert werden, zeichnen sich durch ungedeckte Grundbedürfnisse, defizitäre Dienstleistungen und erhöhte Gewalt aus.

Mit Gewalt zu mehr Land

Agotreibstoffe stehen auch im Zentrum der ungleichen und gewalttätigen Grundbesitzverteilung der vergangenen 20 Jahre. Vier bis sechs Millionen Hektaren Ackerland wechselten gewaltsam den Besitzer, ohne dass bis heute effiziente Mechanismen zur Wiedergutmachung (Rückgabe des Landes an rechtmässige Besitzer, Entschädigungszahlungen) vorhanden wären. Viele Energiepflanzenplantagen kommen auf Land von Vertriebenen zu liegen, häufig werden einfache Paramilitärs auf dem

durch ihre Anführer geraubten Land als Landarbeiter eingesetzt.

Schwerste Menschenrechtsverletzungen

Vom Agotreibstoffboom besonders betroffen sind Indigene und Afro-kolumbianer, obwohl Verfassung und Gesetze ihnen speziellen Schutz und Respekt ihrer kulturellen Rechte – u.a. kollektive Landtitel – gewähren. Die Indios im Departement Cauca kämpfen seit Jahren für eine Ausdehnung ihrer Reservate, die ursprünglich vorgesehenen Ländereien sollen nun aber der Ethanolproduktion dienen, die Regierung weigert sich, den Indigenen weiteres Land zu überschreiben. Die afro-kolumbianischen Gemeinschaften des Flusslaufes Curvaradó im Departement Chocó wurden durch die Armee und Paramilitärs in mehreren Wellen seit 1997 vertrieben, obwohl sie dank kollektiver Landtitel Schutz genossen. Erst 2006 konnten die ersten Bewohner mit internationaler Begleitung zurückkehren. Sie fanden ihr Land gerodet und mit Palmen bepflanzt vor. Obwohl staatliche Kontroll- und Justizinstanzen wie auch internationale Gerichtshöfe feststellten, dass diese Gemeinschaften in ihren Menschenrechten aufs Schwerste verletzt wurden und ihnen ihr Land widerrechtlich geraubt wurde, kämpfen sie bis heute erfolglos um die Rückgabe ihres Landes und sehen sich weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Keine Lösung durch Agotreibstoffe

Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien will mit ihrer Kampagne zu Agotreibstoffen die öffentliche Meinung der Schweiz zu diesen Problemen sensibilisieren und eine breite Markteinführung von Agotreibstoffen verhindern. Sie ist der Ansicht, dass Agotreibstoffe weder für die Klima- noch für die Energiekrise eine Lösung sind und schon heute nicht wiedergutzumachende Schäden verursacht haben. Es ist deshalb höchste Zeit, die Verwendung von Agotreibstoffen zu überdenken.

Mehr dazu auf www.agotreibstoffe.ch und www.askonline.ch



HSK-Richtlinie: Umgang mit Atommüll zu kurzsichtig

Zurzeit revidiert die Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) eine Richtlinie bezüglich der Lagerung radioaktiver Abfälle (Richtlinie HSK-03). Der Entwurf ist mit den üblichen Mängeln behaftet. Im Rahmen der Vernehmlassung fordert die SES unter anderem:

- Eine zeitlich unbegrenzte Überwachung der Umwelt rund um das Tiefenlager. Im Entwurf sind lediglich 50 Jahre vorgesehen.
- Rund um ein Tiefenlager muss alles ersetzbar, reparierbar und verlängerbar sein. Es ist nicht möglich, heute die sicherheitstechnischen Entwicklungen eines Tiefenlagers vorauszusehen.
- Die uneingeschränkte Möglichkeit, Atommüll wieder an die Erdoberfläche zu holen (Rückholbarkeit).
- Eine Lösung für die Markierung eines Tiefenlagers an der Erdoberfläche.

Verordnung ENSI: Kritische Stimmen bei Sicherheitsfragen ausgeschlossen

Ab dem 1. Januar 2009 wird die bestehende Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) in das Eidgenössische Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) überführt werden. Die dazu nötigen Gesetze werden zurzeit geschrieben. Die SES bemängelt im Verordnungsentwurf:

- Die fehlende Transparenz und die mangelnden Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Arbeit des ENSI-Rates. In der Vergangenheit wurde die nukleare Sicherheit oftmals nur erhöht dank Betroffenen, Interessengruppen und Fachverbänden, die auf Schwachstellen hingewiesen haben und mit Nachdruck Verbesserungen verlangten.
- Das Fehlen von atomkritischen Personen im ENSI-Rat. Während die atomkritischen Personen die maximalen Sicherheitsstandards verlangen, sind Atombefürworter in einem Interessenskonflikt: Höhere Sicherheit bedeutet oft auch höhere Kosten, was für die Atomtechnologie ein Nachteil ist.

Die vollständigen Stellungnahmen zum Herunterladen: www.energiestiftung.ch